

Antrag

**der Abgeordneten Andreas Grutzeck, Dennis Thering, Silke Seif, David Erkalp,
Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Bessere Chancen für Obdachlose – Senat soll eine erneute Befragung
obdach- und wohnungsloser sowie erstmals auch drogensüchtiger
Menschen veranlassen, um zielgruppengerechter helfen zu können!**

Wer durch die Hamburger Innenstadt geht, sieht Obdachlose in den Hauseingängen liegen. Einige sind eingekuschelt in Schlafsäcke, andere liegen aber auch unter Pappkartons und Zeitungen. Und wer mit der U- oder S-Bahn fährt oder durch den Hauptbahnhof geht, hat Glück, wenn er nur einmal angebettelt wird. Häufig ist es eher ein Spießrutenlauf und leider nimmt die Aggressivität der Hilfesuchenden zu. Das liegt auch daran, dass, wie der Senat selbst sagt, „im Unterschied zu früheren Jahren eine zunehmende Durchmischung der Gruppen obdachloser und drogenabhängiger Personen zu beobachten“ sei (Drs. 22/10054). Dies ist „nach Einschätzung von Expertinnen und Experten einhergehend mit einer Verlagerung der Suchterkrankungen vom Alkohol hin zu synthetischen Drogen und einem damit verbundenen noch stärkeren und stetigen Beschaffungsdruck“. Weiter schreibt der Senat: „Gleichwohl sind örtliche Veränderungen in der Wahrnehmung der Präsenz obdachloser Menschen und ihres Gesundheitszustandes beobachtbar. Die zuständigen Behörden gehen bisher nicht von einer signifikanten Erhöhung der Zahl obdachloser Menschen aus, wohl aber von einer verstärkten Sichtbarkeit im Kontext der vorstehenden Aspekte, die im Einzelfall auch auf erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen zurückgehen.“ Zudem sei nach wie vor zu beobachten, „dass EU-Zugewanderte auch dann in Hamburg verbleiben, wenn ihre Versuche der Existenzbildung und insbesondere der Arbeitsaufnahme in Deutschland gescheitert sind“.

Insgesamt dominieren also die Eindrücke und die gefühlte Wahrnehmung. Fragt man den Senat nach Zahlen für seine Annahmen verweist er darauf, dass zwar beispielsweise eine Erhebung und Dokumentation von Kontaktzahlen für Angebote und Einrichtungen der Drogen- und Suchthilfe stattfände, eine regelhafte zahlenmäßige Erhebung suchtkranker Menschen im Umfeld des Hauptbahnhofes erfolge durch die am Hauptbahnhof angesiedelte Suchthilfe jedoch nicht.

Zwar werden einzelne Projekte evaluiert, vieles wird auch noch infolge der letzten Befragung aus dem Jahr 2018 abgearbeitet, doch der eine Teil schaut nur auf einen Mikro-Kosmos und der andere berücksichtigt nicht die Veränderungen der letzten Jahre. Eigentlich sollte infolge der Studie „Obdach- und wohnungslose Menschen in Hamburg im Jahr 2018“ zeitnah ein durchdachtes Gesamtkonzept folgen, aber schon die Auswertung zog sich hin, da der Senat und die Vertreter der Hilfsorganisationen keinen Konsens über ein gemeinsames, fachlich angemessenes Fazit einschließlich Handlungsempfehlungen zu dieser Untersuchung fanden. Nach zähem Ringen einigte man sich auf einem Fachtag endlich auf Maßnahmen, die im Jahr 2019 in der Drs. 21/16901 fixiert wurden. Und dann kam die Corona-Pandemie.

Aus Sicht des Senats sind die Untersuchungen aus den Jahren 2002, 2009 und 2018 ausreichend. Mit einer weiteren Befragung trotz massiver Änderungen in der Präsenz und der Zusammensetzung der Hilfesuchenden hat sich der Senat bisher nicht näher befasst. Er wurschtelt aktuell lieber im Klein-Klein, macht hier ein Gipfeltreffen, da eine

Evaluation. So wichtig die wissenschaftliche Begleitung des Projektes zur Neukonzeptionierung der Straßensozialarbeit durch die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS) auch ist, so betrachtet auch sie nur einen Ausschnitt und befragt laut Ausschreibung (ÖA006/2022/SI313) die Träger, nicht aber die Zielgruppe selbst.

Ein wenig liegt die Vermutung nahe, dass der Senat vielleicht auch gar nicht wissen will, was sich konkret verändert hat. Die Befragung 2018, für die der Senat 28.000 Euro veranschlagte, ergab eine deutliche Zunahme infolge von Zuwanderungseffekten: „Im Vergleich zu den Zahlen von 2009 hat sich das Verhältnis deutscher zu nicht-deutschen obdachlosen Menschen gedreht (2009: 70 Prozent deutsche Staatsangehörigkeit, 2018 nur noch 36 Prozent)“, musste der Senat bekennen und seine Maßnahmen entsprechend anpassen und ausweiten. Die Vermutung liegt nahe, dass infolge der Veränderungen der letzten fünf Jahre erneute Verschiebungen deutlich werden, gerade wenn man das Thema Drogensucht in die Befragung mit aufnimmt.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für das Jahr 2023 eine weitere Befragung der Obdach- und Wohnungslosen – vergleichbar jener aus dem Jahr 2018 – vorzubereiten, umzusetzen und zu veröffentlichen;
2. hierbei aber die Gruppe der Drogensüchtigen mit aufzunehmen;
3. ebenfalls noch im Jahr 2023 Schlüsse aus der Befragung zu ziehen und der Bürgerschaft passgenaue Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit vorzulegen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2023 Bericht zu erstatten.